



## **BLVN Aktuell**

Informationen für unsere Mitglieder

---

Nr. 114

Dezember 2017

**10 Punkte – Papier der Berufsschullehrerverbände  
zur Stärkung der beruflichen Bildung  
an die neue Landesregierung in Niedersachsen**

In der **Anlage** finden Sie ein Forderungspapier der Berufsschullehrerverbände **BLVN** und **VLWN**, mit dem diese ihre bildungs- und schulpolitischen Positionen für Gespräche mit den Fraktionen des neuen Niedersächsischen Landtages und der neuen Landesregierung zusammengefasst haben, um die erfolgreiche Arbeit der berufsbildenden Schulen in der Zukunft sicherzustellen!

## **10 Punkte – Papier der Berufsschullehrerverbände zur Stärkung der beruflichen Bildung an die neue Landesregierung in Niedersachsen**

### **1. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die berufliche Bildung muss jetzt in den Fokus von Politik und Wirtschaft!**

Der Fachkräftemangel bedroht die Zukunft unseres Landes – Fehlende Fachkräfte entwickeln sich in Niedersachsen zur Konjunkturbremse und die gute Wirtschaftslage des Landes gerät in Gefahr. Eine Lösung des Fachkräftemangels in Niedersachsen ist ohne die Beteiligung der Berufsbildenden Schulen als Regionale Kompetenzzentren nicht möglich! Die Sicherstellung wohn- und betriebsortnaher Schulangebote sowie eine grundsätzliche Stärkung der beruflichen Bildung sind praktische Wirtschaftsförderung – besonders im ländlichen Raum. Das Ziel muss lauten: Duale Ausbildung stärken – politische Rahmenbedingungen verbessern.

### **2. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die Landesregierung muss einen Schulversuch ProReKo II auflegen, um eindeutige Fehlentwicklungen zu korrigieren (Budgetproblematik, Einstellungsverfahren) und neue Wege (Bildungsangebote und Rechtspersönlichkeit) zu ermöglichen.**

Im Flächenland Niedersachsen – von der Küste und bis zum Harz – sind regionale Problemlösungskonzepte gefordert. Nur Berufsbildende Schulen als Regionale Kompetenzzentren, die als regionale Bildungsdienstleister vor Ort in einem leistungsfähigen Netzwerk agieren, bieten die Grundlage für eine ebensolche leistungsfähige berufliche Bildung. Nur derartig starke Bildungsdienstleister sind in der Lage, die Möglichkeiten des ländlichen Raums so zu nutzen, dass für die Schülerinnen und Schüler sowie für die regionale Wirtschaft keine Nachteile gegenüber den Ballungszentren entstehen. Leider hat Niedersachsen seine im Schulversuch „Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo)“ (01.01.2003 – 31.12.2007) eingenommene bundesweit anerkannte Vorreiterrolle durch einen unglücklichen Verlauf der Projekt-Transferphase sowie zahlreiche weitere regulative und restriktive Eingriffe wieder verloren. Gerade im Hinblick auf regional abgestimmte Handlungskonzepte, Output-/Outcome-Steuerung und Schulaufsicht, Qualitätssicherung und Globalbudget, Personalmanagement und -bewirtschaftung, Bildungsangebote und Rechtspersönlichkeit müssen dringend Fehlentwicklungen korrigiert werden. Ein Zurück kann und darf es nicht geben. Regionale Kompetenzzentren sind nur dann wirklich sinnvoll, wenn sie mehr bieten als eine Umfirmierung, einseitige Aufgabenverlagerung oder eine Mangelverwaltung. Aus diesen Gründen fordern die Berufsschullehrerverbände die Durchführung eines Schulversuchs ProReKo II, um wichtige Erkenntnisse für die dringend erforderlichen

weiteren Reformen zu gewinnen - nur so können wirklich alle Potentiale landesweit gehoben werden.

3. **Die Berufsschullehrerverbände fordern: Niedersachsen braucht eine effektivere Steuerung in der beruflichen Bildung. Die Landesregierung muss hierzu ein Gutachten zu der Frage der Rechts- und Organisationsform mit dem Ziel der Einrichtung eines landeseigenen Instituts für Berufliche Bildung in Auftrag geben.**

Dringend müssen die Chancen durch die Niedersächsische Landespolitik genutzt werden, damit die vielgelobte duale Berufsausbildung nicht nur zu einer Worthülse wird. Im Rahmen der Regierungsbildung müssen alle Akteure und Ressourcen der beruflichen Bildung auf administrativer und regionaler Ebene bspw. in einem Landesinstitut gebündelt werden, um eine qualitativ abgesicherte, wohn- und betriebsortnahe Berufsausbildung mit einer hohen Durchlässigkeit zu ermöglichen. Dabei stehen die Intensivierung der Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft (bei staatlicher Steuerungshoheit), die Verlagerung von Zuständigkeiten und Aufgaben innerhalb des Gesamtsystems beruflicher Bildung zur Stärkung von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung sowie die Entwicklung eines effektiven Organisationsmodells im Vordergrund. Die Entwicklung neuer bzw. bereits umgesetzter neuer Strukturen zur beruflichen Bildung in den Bundesländern Schleswig-Holstein, einem Flächenland, und auch Hamburg, einem Stadtstaat, sollte man diesbezüglich analysieren.

4. **Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die Ressourcen für berufliche Bildung müssen massiv erweitert werden, um endlich 100 Prozent Unterrichtsversorgung zu ermöglichen und die vielen neuen Aufgaben – vor allem die Digitalisierung und die Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel – zu stemmen.**

Exzellente Ausbildungsqualität gibt es nur mit exzellenter Unterrichtsversorgung! Und diese ist nur mit hoch engagierten und gut qualifizierten Lehrkräften sowie mit berufsbildenden Schulen zu erreichen, die als Regionale Kompetenzzentren Partner der Wirtschaft auf Augenhöhe sind. Dabei muss die historisch tiefe Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen in Höhe von 88% endlich so erhöht werden, dass das Budget incl. aller Rahmenvorgaben - wie z. B. externe Prüfungen, (Sprach) Förderunterricht - zu 100 % abgesichert ist. Eine weitere Schlechterstellung gegenüber den allgemeinbildenden Schulen ist nicht zu rechtfertigen! Die tatsächliche und beabsichtigte Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung gerät in Gefahr.

5. **Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die Lehrkräfte - Nachwuchsgewinnung muss Chefsache werden! Wir brauchen eine nachhaltige Imagekampagne und eine Einstellungsoffensive für die Lehrämter an den berufsbildenden Schulen des Landes.**

Schnellstmöglich muss die Nachwuchsgewinnung von Studierenden für die Lehrämter an berufsbildenden Schulen und von qualifizierten Lehrkräften massiv an Fahrt auf-

nehmen. Besonders in den Mangelfächern wie z. B. in der Elektro-, Metall-, Fahrzeug- und Informationstechnik sowie in Sozialpädagogik und den Agrarberufen ist eine überproportionale Zunahme der pädagogisch bislang nicht spezifisch qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber auf die unterschiedlichen Modelle zum Quereinstieg in das Lehramt an berufsbildenden Schulen zu beobachten. Der Quereinstieg darf als Sonderform der Lehrkräftegewinnung nicht der Regelfall werden! Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, sind die Rahmenbedingungen zu verbessern: Es gilt die Attraktivität des Berufsbildes zu steigern, dazu zählen die Anpassung der Besoldung an die Verhältnisse in der Wirtschaft, die Wiedereinführung der Sonderzahlung und eine angemessene Altersentlastung. Nur so lassen sich von vornherein und originär qualifizierte gute Köpfe für die berufsbildenden Schulen gewinnen.

**6. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die Lehrerarbeitszeit endlich an die veränderten Umstände der Schulwirklichkeit anpassen! Die Arbeitszeitkommission der Landesregierung stellt fest: Lehrer arbeiten 46,5 Stunden in der Woche und stehen damit an der Grenze dauerhafter Überbelastung.**

Die von der Landesregierung vor knapp einem Jahr eingesetzte Kommission zur Ermittlung der Arbeitszeit von Lehrkräften im Land Niedersachsen hat ihren Zwischenbericht vorgestellt. Die Zeit, die Lehrer durchschnittlich zur Erfüllung ihrer Pflicht aufbringen müssen, wird mit wöchentlich 46,5 Stunden angegeben und ist nur einen Steinwurf weit von der absoluten und nur in zeitlich begrenzten Ausnahmefällen gesetzten Grenzmarke des Beamtengesetzes von 48 Stunden/Woche entfernt. Nach Meinung der Kommission fallen nur rund 2/3 der Arbeitszeit für Unterricht und unterrichtsnahe Tätigkeiten an. Ein Drittel der wöchentlichen Arbeitszeit jedoch muss für Verwaltungstätigkeiten aufgewendet werden. Nach Meinung der Kommission ist der Trend feststellbar, dass der Anteil der nicht den Unterricht betreffenden Belastung im Laufe der Jahre immer mehr zugenommen hat.

**7. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die Ausweisung erheblicher Sondermittel im Landeshaushalt und eine Qualifizierungsoffensive für die Lehrkräfte, um die berufsbildenden Schulen tatsächlich und nachhaltig auf die Herausforderungen durch die Digitalisierung vorzubereiten.**

Mit dem Wissen um die digitale Transformation ist es zwingend notwendig, alle Möglichkeiten digitaler Medien und aktueller IT-Technologien an den Schulen so schnell wie möglich auszuschöpfen. Dabei können nur die Regionalen Kompetenzzentren die durch die Digitalisierung veränderten Anforderungen in enger Abstimmung mit der regionalen Wirtschaft erarbeiten, daraus berufsfeldspezifische IT- und Medienbildungskonzepte entwickeln, die Medienentwicklungspläne mit den Schulträgern abstimmen und die schulischen Arbeitspläne fortschreiben. Das Konzept der Landesregierung „Medienkompetenz in Niedersachsen – Ziellinie 2020“ muss dringend mit Mitteln hinterlegt und in Erlasse umgesetzt werden. Der Aspekt Rechtssicherheit (z. B. Datenschutz und Urheberrecht) gehört auf allen Ebenen dringend geklärt. Schon

jetzt sind jedoch massive Fortbildungs- und Investitionsbedarfe an allen Schulen erkennbar. Das Ziel muss lauten: Ausbildung in der Region sichern – auch ländliche Räume durch gute Infrastruktur stärken. Eine landesweite Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit wird nicht durch wenige Leuchtturmprojekte sichergestellt. Dringend notwendig ist eine separate Landes-Breitbandinitiative für die niedersächsischen Schulen und die Ausweisung erheblicher weiterer Mittel im Landeshaushalt.

**Exkurs „Estland“:** Das kleinste baltische Land wurde auf Grund seines hohen Digitalisierungsgrades und seiner vorbildlichen digitalen Bildungskonzepte im Wahlkampf stets beispielhaft als Digitalisierungspionier angeführt. Weichenstellungen für diesen Erfolg waren z. B. der Parlamentsbeschluss aus dem Jahr 2000, alle sieben Jahre die IT-Ausstattung der Schulen zu modernisieren, alle Lehrkräfte grundlegend am Computer zu schulen, 40% aller Lehrkräfte zu IT-Experten zu qualifizieren und ein spezielles Internetportal mit Unterrichtsmaterialien und Bildungsangeboten für Lehrkräfte vorzuhalten. Zudem verfügt das Land heute über einen guten bis sehr guten Ausbau des Breitband-Internets. Daraus darf geschlossen werden, dass die Lehrkräftequalifizierung und eine Technologieoffensive auch in Estland wesentliche Beiträge zum Erfolg liefern.

**8. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Die Ausbildung der Lehrkräfte muss in den Blick genommen werden – hat Niedersachsen überhaupt genügend Kapazitäten, um seine Lehrkräfte für die berufsbildenden Schulen selbst ausbilden zu können?**

Die Ursache für unbesetzte freie Stellen basiert im Wesentlichen darauf, dass keine geeigneten Bewerber zur Verfügung stehen. Verschärft wird dieses Problem dadurch, dass die Kolleginnen und Kollegen mit einem beruflichen Fach aus dem Mangelbereich mit fast 100% auch nur dort eingesetzt werden. Deshalb ist die originäre Berufsausbildung in Zusammenarbeit mit den Universitäten und Hochschulen so zu forcieren, dass zumindest in allen gängigen großen Berufsbereichen Lehrer quantitativ und qualitativ bedarfsgerecht ausgebildet werden. Davon sind wir in Niedersachsen insbesondere in den Mangelfächern weit entfernt. Hier ist akuter Handlungsbedarf, da ca. 1/3 der Lehrkräfte in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand geht.

Die große Zahl der Quereinsteiger für das Lehramt an berufsbildenden Schulen ist ein offensichtlicher Beleg dafür, dass an den Universitäten des Landes zu wenig Nachwuchsschüler ausgebildet werden. Dafür können mindestens zwei Gründe als ursächlich angesehen werden: die nicht ausreichenden Ausbildungskapazitäten und die mangelnde Attraktivität des Berufsschullehramtes. Die Kapazitätslage an den Universitäten ist in einzelnen beruflichen Fachrichtungen so niedrig, dass bereits mit hohen Kosten einschlägig qualifizierte Absolventinnen und Absolventen von Bachelor-Studiengängen nicht zu den entsprechenden Masterstudiengängen zugelassen werden können. In den zentralen Berufsbildern wie der Fahrzeugtechnik und dem Agrarbereich werden sogar keine originären Studiengänge für das Lehramt an berufsbildenden Schulen angeboten.

Zur Attraktivität des Lehramtes an berufsbildenden Schulen ist festzustellen, dass die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen für Masterabsolventinnen und –absolventen in der Wirtschaft vielfach deutlich besser sind. Hinzukommt, dass die zunehmenden Anwerbungsprogramme für Seiteneinsteiger nur wenig motivierend ist, sich für einen grundständigen Lehramtsstudiengang zu entscheiden – nach dem Motto „Berufsschullehrer kann ich immer noch werden“.

**9. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Nur mit Hilfe der verantwortlichen Einbindung der berufsbildenden Schulen in die Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen, lässt sich die Fehlsteuerung in der Entwicklung von Berufs- und Bildungsperspektiven verringern.**

Der Fachkräftemangel beruht neben der demografischen Komponente auf einer Fehlsteuerung zwischen dualer Berufsausbildung und Hochschulbildung. 330 anerkannte Ausbildungsberufe konkurrieren mit weit über 15000 Hochschulstudiengängen. Zurzeit verliert die berufliche Bildung in diesem Wettstreit. Berufsorientierung, Perspektivenbildung und gerechte Bezahlung sind hier entscheidende Schlüssel. Die aktuell mit dem Erlass zur Berufsorientierung eingeleitete Veränderung ist nicht zielführend, da die Steuerung primär aus dem Bereich der allgemeinbildenden Schulen erfolgt. Wo Beruf draufsteht, muss Beruf drin sein. Die Berufsorientierung muss mit allen Beteiligten der beruflichen Bildung verzahnt werden. Dies geht nur in und mit den Regionalen Kompetenzzentren und der entsprechenden übergeordneten Institution.

**10. Die Berufsschullehrerverbände fordern: Ab dem 01.08.2018 sind alle berufsbildenden Schulen auch inklusive Schulen – dazu benötigen wir endlich ein schlüssiges Inklusionskonzept für die berufliche Bildung!**

Inklusion findet auch und gerade in der beruflichen Bildung statt. Die berufsbildenden Schulen brauchen sächliche und personelle Ressourcen, um diese Aufgabe zu bewältigen. Dabei muss es z. B. auch darum gehen, digitale Medien zum Zweck der Integration behinderter Menschen verstärkt in die berufsschulische Ausbildung zu implementieren. Hierfür sollten innovative Umsetzungsszenarien für die Praxis entwickelt und erprobt werden. Wir benötigen dringend nachhaltig implementierbare Modelle der Inklusion für die berufsbildenden Schulen, mit deren Hilfe Inklusion in allen sieben berufsbildenden Schulformen und unter Berücksichtigung der dort bestehenden Eingangsvoraussetzungen, möglich wird.

Hannover, 22. November 2017



Heinz Ameskamp  
(Landesvorsitzender des BLVN)



Joachim Maiß  
(Landesvorsitzender des VLWN)